J 003
Lfd.-Nr. 1154

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Einwanderung – Integration - Interkulturalität

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme

Der Einsatz für eine solidarische Gesellschaft beinhaltet den Einsatz gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, muss an vielen Punkten noch praktisch umgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind hier im doppelten Sinne gefordert: als gestaltende Akteure und als Organisation, die selber die Herausforderungen der Interkulturalität annehmen muss.

Einwanderung gestalten

Einwanderungspolitik ist an vielen Stellen noch eine Politik der Ausgrenzung und Abgrenzung. Wir benötigen hier einen politischen und kulturellen Wechsel, der zu einer offenen Gesellschaft führt, die Einwanderung als kulturelle, ökonomische und soziale Bereicherung begreift – und die Menschen auch jeweils in dieser Komplexität begreift und nicht auf eine Dimension reduziert. Als Gewerkschaften müssen wir an der Herstellung dieser Haltung mitwirken und im politischen Raum dafür werben, Strukturen zu schaffen, die Menschen das Ankommen in Deutschland vereinfachen und eine effektive Unterstützung darstellen.
Einwanderung und Arbeitsmigration müssen verantwortlich gestaltet werden. Das Beispiel der „gestrandeten Spanier" in Thüringen hat uns gezeigt, welche Folgen eine unverantwortliche Anwerbepolitik für die Betroffenen hat. Mit Versprechungen werden Menschen nach Deutschland gelockt und dann mittellos in fragwürdige Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse gepresst. Damit Einwanderung auch am Arbeitsmarkt funktioniert, brauchen wir abgestimmte Verfahren und Standards, bei denen Arbeitsmarktfragen und die Rechte der Migrantinnen und Migranten in Einklang gebracht werden. Dieses Feld darf nicht dem unregulierten Treiben privater Arbeitsvermittler überlassen werden. Entsprechende Regelungen müssen am Ende international geregelt werden. Der DGB muss innerhalb der EU auf entsprechende Regelungen hinwirken. Gleichzeitig wird der DGB in den Gremien der Bundesagentur für Arbeit auf entsprechend Verfahren und Standards hin. Das Vorgehen der Regionaldirektion Hessen (Entsendung von qualifizierten Mitarbeitern nach Spanien) kann mehr als Vorbild gesehen werden.

Interkulturalität als Chance

Wir müssen Interkulturalität als Chance begreifen – nicht als Bedrohung. Aus dem Zusammenspiel verschiedener Kulturen

entsteht etwas Neues. Dieses Zusammenspiel bedeutet die Möglichkeit für eine gemeinsame Entwicklung. Diese Möglichkeit gilt es zu ergreifen. Denn aus einem Dialog verschiedener kultureller Hintergründe erwächst ein gemeinsamer Bildungsprozess, der für alle Seiten einen Gewinn darstellt. Die Voraussetzung dafür sind eine interkulturelle Öffnung und die Anerkennung von Differenz. Dieser Schritt liegt an verschiedenen Stellen auch noch vor den Gewerkschaften. Auch diese müssen sich öffnen und Differenz diskriminierungsfrei anerkennen.
Es gibt, insbesondere in Hessen, viele Beispiele gelingender (betrieblicher) Integration. Aus diesen Beispielen müssen wir gemeinsam Lernen um die Faktoren für ein Gelingen zu kennen und zu verbreiten. Die Landesregierungen müssen diesen Prozess fördern und unterstützen.

Wahlrecht für alle

Wir fordern das allgemeine Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben. Das kommunale Wahlrecht ist ein erster Schritt auf diesem Weg. Der DGB wirkt im Bund auf den Gesetzgeber ein, um die rechtlichen Grundlagen für ein entsprechendes Wahlrecht zu schaffen.

Doppelte Staatsbürgerschaft umsetzen – Optionspflicht abschaffen

Der DGB setzt sich dafür ein, dass die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft umgesetzt und die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht abgeschafft wird.